

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 7. Februar 2014

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit

Frau L. ONKELINX

Die Ministerin der Justiz

Frau A. TURTELBOOM

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz

Frau A. TURTELBOOM

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2014/00645]

**19 JULI 2013. — Koninklijk besluit  
houdende diverse bepalingen inzake bewijskracht  
Duitse vertaling**

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 19 juli 2013 houdende diverse bepalingen inzake bewijskracht (*Belgisch Staatsblad* van 16 augustus 2013), bekrachtigd bij artikel 60 van de wet van 10 april 2014 houdende diverse bepalingen inzake gezondheid (*Belgisch Staatsblad* van 30 april 2014).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2014/00645]

**19 JUILLET 2013. — Arrêté royal portant diverses dispositions  
en matière de force probante. — Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 19 juillet 2013 portant diverses dispositions en matière de force probante (*Moniteur belge* du 16 août 2013), confirmé par l'article 60 de la loi du 10 avril 2014 portant des dispositions diverses en matière de santé (*Moniteur belge* du 30 avril 2014).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2014/00645]

**19. JULI 2013 — Königlicher Erlass zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Beweiskraft —  
Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 19. Juli 2013 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Beweiskraft, bestätigt durch Artikel 60 des Gesetzes vom 10. April 2014 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Gesundheit.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST SOZIALE SICHERHEIT

**19. JULI 2013 — Königlicher Erlass zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Beweiskraft**

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verfassung, des Artikels 108;

Aufgrund des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen, des Artikels 32 und des Artikels 36/1 § 1, eingefügt durch das Gesetz vom 19. März 2013;

Aufgrund des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe;

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 78 vom 10. November 1967 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe;

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 79 vom 10. November 1967 über die Ärztekammer;

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 80 vom 10. November 1967 über die Apothekerkammer;

Aufgrund des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung;

Aufgrund des Gesetzes vom 29. April 1999 über die nicht konventionellen Praktiken in den Bereichen Heilkunde, Arzneikunde, Heilgymnastik, Krankenpflege und im Bereich der Heilhilfsberufe;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 27. April 1999 über die Beweiskraft der Daten, die von den Pflegerbringern, den Versicherungsträgern, dem Landesinstitut für Kranken- und Invalidenversicherung und jeglicher anderen natürlichen oder juristischen Person in Anwendung des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes und seiner Ausführungserlasse gespeichert, verarbeitet, wiedergegeben oder mitgeteilt werden;

Aufgrund der Stellungnahme des Geschäftsführenden Ausschusses der eHealth-Plattform vom 5. April 2011;

Aufgrund der Stellungnahme des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens vom 15. Juni 2011;

Aufgrund der Stellungnahme des Gesundheitspflegeversicherungsausschusses vom 27. Juni 2011;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 5. Juli 2011;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 16. August 2011;

Aufgrund der vorherigen Prüfung der Notwendigkeit, eine Nachhaltigkeitsprüfung durchzuführen, und der Folgerung, dass eine solche Nachhaltigkeitsprüfung nicht erforderlich ist;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 53.329/1 des Staatsrates vom 6. Juni 2013, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unserer Ministerin der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit und aufgrund der Stellungnahme Unserer Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - In das Gesetz vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 19. März 2013, wird ein Artikel 12/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 12/1 - Die im vorliegenden Gesetz oder in seinen Ausführungserlassen erwähnten Dokumente dürfen - sobald sie verfügbar sind - in elektronischer Form eingereicht werden, sofern diese Form Beweiskraft hat gemäß Artikel 36/1 § 1 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen.”

**Art. 2** - In den Königlichen Erlasses Nr. 78 vom 10. November 1967 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 19. März 2013, wird ein Artikel 45/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 45/1 - Unbeschadet des Artikels 21 Absatz 2 des vorliegenden Königlichen Erlasses dürfen die im vorliegenden Erlass oder in seinen Ausführungserlassen erwähnten Dokumente - sobald sie verfügbar sind - in elektronischer Form eingereicht werden, sofern diese Form Beweiskraft hat gemäß Artikel 36/1 § 1 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen.”

**Art. 3** - In den Königlichen Erlasses Nr. 79 vom 10. November 1967 über die Ärztekammer, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 1. März 2007, wird ein Artikel 30/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 30/1 - Die im vorliegenden Erlass oder in seinen Ausführungserlassen erwähnten Dokumente dürfen - sobald sie verfügbar sind - in elektronischer Form eingereicht werden, sofern diese Form Beweiskraft hat gemäß Artikel 36/1 § 1 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen.”

**Art. 4** - In den Königlichen Erlasses Nr. 80 vom 10. November 1967 über die Apothekerkammer, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 1. März 2007, wird ein Artikel 30/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 30/1 - Die im vorliegenden Erlass oder in seinen Ausführungserlassen erwähnten Dokumente dürfen - sobald sie verfügbar sind - in elektronischer Form eingereicht werden, sofern diese Form Beweiskraft hat gemäß Artikel 36/1 § 1 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen.”

**Art. 5** - Artikel *9bis* des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, eingefügt durch das Gesetz vom 22. Februar 1998 und abgeändert durch die Gesetze vom 9. Juli 2004, 27. Dezember 2004, 1. März 2007 und 19. Mai 2010, wird wie folgt ersetzt:

“Die im vorliegenden Gesetz oder in seinen Ausführungserlassen erwähnten Dokumente mit Bezug auf die Gesundheitspflegeversicherung dürfen - sobald sie verfügbar sind - in elektronischer Form eingereicht werden, sofern diese Form Beweiskraft hat gemäß Artikel 36/1 § 1 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen.”

Der Versicherungsausschuss legt in einer in Artikel 22 Nr. 11 erwähnten Verordnung - gegebenenfalls nach Stellungnahme der zuständigen Abkommens- oder Vereinbarungskommission - die technischen Anwendungsmodalitäten für den vorhergehenden Absatz fest.”

**Art. 6** - In das Gesetz vom 29. April 1999 über die nicht konventionellen Praktiken in den Bereichen Heilkunde, Arzneikunde, Heilgymnastik, Krankenpflege und im Bereich der Heilhilfsberufe wird ein Artikel 8/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 8/1 - Die im vorliegenden Gesetz oder in seinen Ausführungserlassen erwähnten Dokumente dürfen - sobald sie verfügbar sind - in elektronischer Form eingereicht werden, sofern diese Form Beweiskraft hat gemäß Artikel 36/1 § 1 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen.”

**Art. 7** - Der Königliche Erlass vom 27. April 1999 über die Beweiskraft der Daten, die von den Pflegebringern, den Versicherungsträgern, dem Landesinstitut für Kranken- und Invalidenversicherung und jeglicher anderen natürlichen oder juristischen Person in Anwendung des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes und seiner Ausführungserlasse gespeichert, verarbeitet, wiedergegeben oder mitgeteilt werden, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 26. April 2007, wird aufgehoben.

**Art. 8** - Die Protokolle in Sachen Beweiskraft, die erstellt wurden in Anwendung von Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 27. April 1999 über die Beweiskraft der Daten, die von den Pflegebringern, den Versicherungsträgern, dem Landesinstitut für Kranken- und Invalidenversicherung und jeglicher anderen natürlichen oder juristischen Person in Anwendung des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes und seiner Ausführungserlasse gespeichert, verarbeitet, wiedergegeben oder mitgeteilt werden, bleiben voll und ganz wirksam bis zu dem Datum, an dem die in Artikel *9bis* Absatz 2 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, wie ersetzt durch Artikel 5 des vorliegenden Erlasses, erwähnten Anwendungsmodalitäten in Kraft treten.

**Art. 9** - Vorliegender Erlass wird wirksam mit 1. Januar 2012.

**Art. 10** - Der für die Sozialen Angelegenheiten zuständige Minister und der für die Volksgesundheit zuständige Minister sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 19. Juli 2013

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit  
Frau L. ONKELINX

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2014/00652]

**23 AUGUSTUS 2014. — Koninklijk besluit houdende sluiting van de buitengewone parlementaire zitting 2014**

FILIP, Koning der Belgen,  
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op artikel 44 van de Grondwet,  
Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** De buitengewone parlementaire zitting van 2014 wordt gesloten.

**Art. 2.** Dit besluit treedt in werking op 13 oktober 2014.

**Art. 3.** Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 23 augustus 2014.

FILIP

Van Koningswege :  
De Minister van Binnenlandse Zaken,  
M. WATHELET

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2014/00652]

**23 AOUT 2014. — Arrêté royal portant clôture de la session parlementaire extraordinaire de 2014**

PHILIPPE, Roi des Belges,  
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu l'article 44 de la Constitution,  
Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** La session parlementaire extraordinaire de 2014 est close.

**Art. 2.** Le présent arrêté entre en vigueur le 13 octobre 2014.

**Art. 3.** Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 23 août 2014.

PHILIPPE

Par le Roi :  
Le Ministre de l'Intérieur,  
M. WATHELET

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2014/00679]

**4 JULI 2014. — Ministerieel besluit houdende aanwijzing en hernieuwing in het mandaat van bijzitter-personeelslid van de politiediensten bij de Kamers van de Tuchtraad van de geïntegreerde politie. — Erratum**

In het *Belgisch Staatsblad* van 10 juli 2014, tweede editie, bladzijde 53071, dient in de Franse tekst van het opschrift gelezen te worden "portant désignation" in plaats van "désignant".

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2014/00679]

**4 JUILLET 2014. — Arrêté ministériel désignant et renouvellement dans le mandat d'assesseur membre du personnel des services de police auprès des Chambres du Conseil de discipline de la police intégrée. — Erratum**

Au *Moniteur belge* du 10 juillet 2014, deuxième édition, page 53071, il y a lieu de lire dans le texte français de l'intitulé « portant désignation » au lieu de « désignant ».

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C - 2014/03353]

**23 AUGUSTUS 2014. — Koninklijk besluit tot vastlegging van het model van het aangifteformulier inzake belasting van niet-inwoners (natuurlijke personen) voor het aanslagjaar 2014 en van de voorwaarden die het mogelijk maken om de in dat formulier gevraagde gegevens bij middel van computerafdrukken te verstrekken. — Erratum**

In het *Belgisch Staatsblad* van 28 augustus 2014, 2de editie, akte nr. 2014/03325, op blz. 64582, in artikel 2, moet worden gelezen "financien.belgium.be" in plaats van "www.minfin.fgov.be"

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C - 2014/03353]

**23 AOUT 2014. — Arrêté royal fixant le modèle de la formule de déclaration en matière d'impôt des non-résidents (personnes physiques) pour l'exercice d'imposition 2014 et les conditions qui permettent de fournir les données demandées dans ladite formule de déclaration au moyen d'imprimés informatiques. — Erratum**

Dans le *Moniteur belge* du 28 août 2014, 2<sup>ème</sup> édition, acte n° 2014/03325, page 64582, à l'article 2, il faut lire "finances.belgium.be" au lieu de "www.minfin.fgov.be"